

Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP

Zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjustizgesetzes und anderer Gesetze

Drucksache 19/3340(neu)

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

1. Artikel 14 wird wie folgt geändert:

- a) In der Eingangsformel werden die Worte „geändert durch Verordnung vom 7. Dezember 2020 (GVOBl. Schl.-H. S. 994)“ durch die Worte „zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Oktober 2021 (GVOBl. Schl.-H. S. 1298)“ ersetzt.
- b) Die Worte „Nach § 37 wird folgender § 37a eingefügt“ werden durch die Worte „Nach § 38 wird folgender § 38a eingefügt“ ersetzt.
- c) Die Worte „§ 37a Angelegenheiten der Sprachmittlerinnen und Sprachmittler“ werden durch die Worte „§ 38a Angelegenheiten der Sprachmittlerinnen und Sprachmittler“ ersetzt.

2. Artikel 22 wird wie folgt geändert:

In der Eingangsformel werden die Worte „zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. August 2021 (GVOBl. Schl.-H. S. 985)“ durch die Worte „zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. September 2021 (GVOBl. Schl.-H. S. 1286)“ ersetzt.

3. Artikel 23 wird wie folgt geändert:

In der Eingangsformel werden die Worte „zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. November 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 425)“ durch die Worte „zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Mai 2021 (GVOBl. Schl.-H. S. 566)“ ersetzt.

4. Artikel 27 wird wie folgt geändert:

In der Eingangsformel werden die Worte „zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2020 (GVOBl. Schl.-H. S. 299)“ durch die Worte „zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. November 2021 (GVOBl. Schl.-H. S. 1317)“ ersetzt.

gez. Barbara Ostmeier
gez. Burkhard Peters
gez. Jan-Markus Rossa